

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1948-1948 1948**

91 (14.10.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Abrechnungstag: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbezug: DM 1,80  
einwöch. Trügerlein, bei Postbezug DM 2,15 / Anzeigen nach Preistabelle 3  
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion: Lehr 235 / Postfachkonto: Freiburg i. Br. 4400  
Konto: Nr. 204 / Bankkonto: Ochsersbacher Bank, Zweigstelle Lehr  
Konto: Ersatznr. bei Störung durch hoh. Gewalt / Telegramm: Neubaden

NR. 91 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 14. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Unversöhnliche Haltung in Paris

Austin: „Weltlage zu ernst, um ein weiteres Spiel mit Worten zuzulassen“ — Wyschinski: „Ich nehme alle Eure Herausforderungen an und mit in meiner Hand befindlichen Dokumenten werde ich Euch an den Schandpfahl bringen“

Paris. Dem Atomenergie-Unterausschuß des Politischen Ausschusses lagen am Dienstag drei Resolutionen zur Abstimmung vor. Der kanadische Vorschlag, worin der Sicherheitsrat ersucht wird, den Atomenergieausschuß, der seine Arbeit vor einiger Zeit eingestellt hatte, erneut einzuberufen, wurde mit 8 Stimmen gegen die Stimmen der UdSSR und der Ukraine bei Stimmenthaltung Indiens angenommen.

Abgelehnt wurde der sowjetische Vorschlag, in dem gefordert wird, daß der Atomenergieausschuß und der Sicherheitsrat ihre Arbeiten über zwei Konventionen — eine über das Verbot von Atomwaffen und die andere über eine Atomenergiekontrolle — wieder aufnehmen. Eine indische Resolution, in der der Atomenergieausschuß ersucht wurde, erneut seine Arbeiten zur Abfassung eines Vertrages auf der Grundlage der letzten Vorschläge des Ausschusses aufzunehmen, wurde ebenfalls abgelehnt.

### Austin fordert von Sowjetunion Beweis des guten Willens

Der amerikanische Delegierte Warren Austin forderte in der Debatte die Sowjetunion zur Abgabe eines Dementis auf, daß sie den Krieg als Mittel zur Schaffung einer kommunistischen Weltordnung gutheiße. Man wolle nicht hoffen, daß die Sowjetunion in dem Glauben handle, daß ein Konflikt zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt unvermeidlich ist. Die Weltlage sei zu ernst, um ein weiteres Spiel mit Worten zuzulassen.

Austin zitierte eine Reihe offizieller sowjetischer Erklärungen, um zu zeigen, daß die Bestrebungen der Sowjetunion nicht auf den Frieden ausgerichtet sind. Wenn diese Veröffentlichungen überholt oder unglücklich seien oder der Politik der Sowjetunion nicht entsprechen, so könne dies am besten durch entsprechende Taten bewiesen werden.

Vielleicht könne Wyschinski die These entkräften, daß ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern unvermeidlich ist und nach der Lehre des Kommunismus das kapitalistische System vernichtet werden muß. Solange er dies jedoch nicht tue, könne man die Warnungen maßgeblicher sowjetischer Schriften nicht ignorieren.

Nachdem das sowjetische Volk eine so bedeutende Rolle bei der Vernichtung Nazi-Deutschlands gespielt hatte, erklärte Austin, habe man sich der Hoffnung hingegeben, daß auch die rücksichtslosen Doktrinen von Marx und Lenin einer gemäßigteren Auffassung von den Beziehungen zwischen Menschen und Staaten Platz gemacht hätten. Die sowjetische Beherrschung der osteuropäischen Länder bewiese jedoch, daß nichts in dieser Richtung geschehen sei.

Die Staaten Westeuropas seien ebenfalls die Opfer dieser neuen Art von Aggression, und die Kominform sei gebildet worden, um das Vernichtungswerk zu vervollkommen. Man wolle unter allen Umständen vermeiden, daß sich Westeuropa wieder erholte, da es dann dem kommunistischen Vordringen mit Erfolg Widerstand leisten könnte. Daher erhielten die kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland und Luxemburg ihre Befehle und

### Empfehlung über Länderzusammenschluß den Verbindungsoffizieren überreicht

Wiesbaden. Der Chef des Büros der Ministerpräsidenten der Länder der drei Westzonen, Landrat Bergner, hat den Verbindungsoffizieren der drei Militärregierungen in Frankfurt den Vorschlag der deutschen Kabinettschefs über eine Vereinigung der drei südwestdeutschen Länder überreicht.

### Commonwealth-Konferenz

erörtert Methoden zur Bekämpfung der kommunistischen Infiltration

London. Die Konferenz der Ministerpräsidenten des Commonwealth, die am Montag eröffnet wurde, begann am Dienstag mit einer Debatte über die internationale Lage. Zunächst erörterten die Ministerpräsidenten und ihre Vertreter laut Reuter Methoden zur Bekämpfung der kommunistischen Infiltration im nahen, mittleren und fernen Osten. Der britische Kommissar in Südostasien, General McDonald, erstattete Bericht über die internen Verhältnisse in Südostasien. Es folgte ein Meinungsaustausch über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan.

gingen daran, diesen Plan vorsätzlicher Sabotage durchzuführen.

Austin forderte die Sowjetunion auf, einen sichtbaren Beweis ihres angeblich aufrichtigen Wunsches zur Zusammenarbeit zu geben, um so den Zielen und Prinzipien der UN-Charta wirkliches Leben zu verleihen.

### Wyschinski: Auf jede Waffe eine Antwort

Der sowjetische Delegierte Wyschinski erklärte, die Sowjetunion wünsche keine Zusammenarbeit unter dem Schatten von Superwaffen, aber alle sollen wissen, daß es auf jede Waffe eine Antwort gibt.

Wyschinski beschuldigte dann die Westmächte, Hitlerdeutschland gegen die UdSSR aufgebracht und versucht zu haben, mit dem kapitalistischen Regime Hitlers zu verhandeln. „Wir kennen die Tatsachen“, sagte er. „Wir können unsere Karten auf den Tisch legen. Ich nehme alle Eure Herausforderungen an und mit in meiner Hand befindlichen Dokumenten werde ich Euch an den Schandpfahl bringen.“

### Militärische Ausgaben nach sowjetischer Vorstellung

McNeil, sagte Wyschinski, habe erklärt, daß niemand etwas über die sowjetischen Streitkräfte wisse. „Wollen Sie eine Statistik

## Erörterung der Berliner Frage hinausgeschoben

Hoffnungen auf erfolgreiche Vermittlungsaktion Bramuglia nehmen, ab

Paris. Der Weltfriedensrat wird, wie hier am Dienstag von zuverlässiger Seite verlautet, voraussichtlich nicht vor Montag — frühestens aber Ende dieser Woche — zur Erörterung der Berliner Frage zusammentreten. Der Grund für das weitere Hinschieben der nächsten Sitzung soll in Schwierigkeiten bei dem Entwurf einer Resolution zur Berliner Frage liegen. Die Meinungsverschiedenheiten sollen darin bestehen, daß der Sicherheitsrat ersucht werden soll, einmal die Blockade Berlins als tatsächliche Bedrohung des Friedens, ein anderes Mal die „Fortsetzung“ der Blockade als eine Bedrohung des Friedens zu bezeichnen.

Die drei Westmächte sind, wie ihr Sprecher am Dienstag erklärte, ungeduldig über die lange Verzögerung in der Behandlung ihrer Klage gegen die Sowjetblockade Berlins.

Außenminister Marshall, der am Dienstagmorgen von Washington kommend wieder in Paris eingetroffen ist, hat sich sofort zu Beratungen mit seinen Hauptberatern in die amerikanische Botschaft begeben. Die Berliner Frage soll dabei an erster Stelle gestanden haben.

Die drei Westmächte haben Dr. Bramuglia, dem Vorsitzenden des Sicherheitsrates, klar zu verstehen gegeben, daß sie an irgendwelchen Vermittlungsversuchen nicht interessiert sind. Sie wünschen in Beantwortung ihrer vor den Sicherheitsrat gebrachten Klage eine klare Feststellung des Rats, daß die Sowjetblockade eine Bedrohung des internationalen Friedens darstellt. Jede Entscheidung, die möglicherweise von den neutralen Ländern eingebracht wird, dürfte auf ein sowjetisches Veto stoßen. In diesem Fall wird die ganze Angelegenheit vor die UN-Vollversammlung gebracht werden.

Die Delegierten der drei Westmächte im Sicherheitsrat bestätigen erneut ihre übereinstimmende unveränderte Haltung gegenüber

haben? Die können wir Ihnen geben. Dabei gibt es keine Geheimnisse. Im Jahre 1940 waren für die Streitkräfte 32,5 Prozent des Gesamtbudgets der Sowjetunion ausgegeben worden. Im Jahre 1946, dem ersten Nachkriegsjahr, waren es 23,9 Prozent, im Jahre 1947 18,4 Prozent und im Jahre 1948 17,5 Prozent. Der amerikanische Budgetvorschlag für das Jahr 1948/49 zeigt dagegen, daß in Amerika 79 Prozent aller Ausgaben direkt auf den letzten Krieg zurückzuführen sind, mit Maßnahmen zusammenhängen, die auf die Möglichkeit eines neuen Krieges ausgerichtet sind.“ In Großbritannien seien 25 Prozent des Budgets für die Streitkräfte berechnet worden, in der UdSSR dagegen seien für die militärischen Ausgaben nicht mehr als 17,5 Prozent des Gesamtbudgets vorgesehen. Diese Tatsachen, sagte Wyschinski, seien deutlicher als alle Worte.

Sobald die Vollversammlung den Vorschlag für das Verbot der Atomwaffen und für eine Einschränkung der normalen Rüstung um ein Drittel billigt, werde die Sowjetunion gleichzeitig mit allen anderen Staaten Informationen über die Stärke ihrer Bewaffnung vorlegen.

Der Ausschuß vertagte sich nach Beendigung der Ausführungen Wyschinskis, um den Delegierten Zeit zur Prüfung der bereits vorgelegten Abrüstungsvorschläge zu geben.

## Baldiger Abschluß der Arbeiten in Bonn

Grundgesetz soll Übergabe von Souveränitätsrechten an übergeordnete Institution vorsehen

Düsseldorf. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Walter Menzel, teilte hier am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit, daß noch vor Anfang November mit einem Abschluß der Arbeiten in Bonn zu rechnen ist. Menzel erwartet bei den interfraktionellen Besprechungen keine schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den großen Parteien. Auch mit einem Kampf bei der Abstimmung über die Annahme der Verfassung im Plenum sei nicht zu rechnen. Zwischen der CDU und der CSU beständen Spannungen, während die Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und norddeutscher CDU nicht erheblich seien.

Einigigkeit bestehe darüber, daß Umsatz- und Einkommensteuer Angelegenheit des Bundes seien und daß ein einheitliches Bundespolizei- und -kriminalwesen angestrebt werden

den gegenwärtigen Vermittlungsversuchen der „neutralen“ Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates zur Schlichtung ihres Streitfalles mit der Sowjetunion. Die drei Mächte werden, wie von maßgeblicher Seite erklärt wird, keine Viermächteverhandlungen aufnehmen, solange die Blockade Berlins andauert.

Mit dieser erneuten Bestätigung ihrer Politik werden die in der französischen Hauptstadt umlaufenden Gerüchte entkräftet, wonach unter den drei Westmächten Meinungsverschiedenheiten auf der Grundlage der gleichzeitigen Einberufung des Außenministerrates und der Aufhebung der Blockade bestehen sollen.

Die sowjetische Antwort auf die Vermittlungsversuche Bramuglias ist noch nicht bekannt. Die angesetzte Zusammenkunft zwischen Bramuglia und Wyschinski hat, wie aus Kreisen der argentinischen Delegation verlautet, nicht stattgefunden. Einen Anhaltspunkt für die voraussichtliche sowjetische Antwort gibt lediglich die Haltung Wyschinskis bei der letzten Zusammenkunft mit Bramuglia, wo der sowjetische Vertreter die Bereitschaft seines Landes zu Verhandlungen mit den Westmächten zum Ausdruck brachte, jedoch bestritt, daß überhaupt eine Blockade existiert.

Der Sicherheitsrat besitzt, wie ein Sprecher der französischen Delegation laut Reuter erklärte, keine Autorität, um den Außenministerrat der vier Großmächte zu einem bestimmten Zeitpunkt einzuberufen. Damit schwinden die in gewissen „neutralen“ Kreisen gehegten Hoffnungen, daß der Konflikt zwischen Ost und West durch eine gleichzeitige Aufforderung des Sicherheitsrates zur Aufhebung der Blockade und Einberufung des Außenministerrates beigelegt werden könnte. Alle Hoffnungen, daß die Vermittlungsaktionen des Vorsitzenden des Sicherheitsrates, Bramuglia, zwischen Ost und West von Erfolg gekrönt sein werden, scheinen ebenfalls im Abnehmen begriffen zu sein.

soll. In den Ländern würde die Polizei dezentralisiert werden und unter der Kontrolle gewählter Organe stehen. Während man sich über die Klausel der Kriegsdienstverweigerung noch unschlüssig ist, bestehe Übereinstimmung darüber, daß das Grundgesetz die Übergabe von Souveränitätsrechten an eine übergeordnete Einheit (etwa Europa-Union) vorsehen soll.

Menzel erwartet, daß das Grundgesetz von den Militärgouverneuren gebilligt wird, da nur eine „ganz entschiedene Verletzung“ des Dokumentes Nummer eins der Militärregierungen (Autorisierung zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung) eine Ablehnung hervorrufen könne. Eine derartige Verletzung sei jedoch nicht zu erwarten. Menzel meinte abschließend, daß der Parlamentarische Rat sich sobald wie möglich mit der Frage des zukünftigen Bundessitzes befassen müsse.

## Blockbildung in Mittelost

Die Weltpolitik der Nachkriegszeit wird weitgehend von Blockbildungen bestimmt. Vom Ostblock über den Westblock, dem Block der skandinavischen Staaten, der Benelux, der Arabischen Liga bis zum jetzt geplanten Zusammenschluß der Ost-Mittelmeer- und Mittelost-Länder steht die ganze Politik im Zeichen des Zusammenschlusses von Staaten und Staatengruppen zu strategischen, ideologischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Einheiten. Überall werden Fronten abgetastet und bezogen.

Auch die gegenwärtige Tagung der Vereinten Nationen in Paris steht unter den Auspizien dieser Blockbildungspolitik. Gleichsam im Schatten der beiden gewaltigen Machtgruppen, die sich personifiziert in den USA und Rußland, auch in Paris gegenüberstehen, sind neue Blockbildungen im Entstehen. So ist bekannt geworden, daß die Außenminister und Delegationsführer von Griechenland, der Türkei, Afghanistan, Ägypten, Abessinien, dem Irak, Iran, dem Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien und dem Jemen sich zu einer „Mittelostgruppe“ zusammenschließen wollen. In den Kommentaren zu dieser Nachricht wurde vor allem auf das Bestreben der angeführten Staaten hingewiesen, durch eine Zusammenarbeit dieses Blockes mit den 20 Ländern des iberamerikanischen Blockes eine starke Mehrheit in der Generalversammlung der 58 Nationen zu bilden. In der Tat könnten durch ein derartiges Zusammenspiel die bisherigen Abstimmungsverhältnisse radikal geändert werden.

Nun bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit sich die geplante Zusammenarbeit verwirklichen läßt. Die zwölf Staaten, die den Mittelost-Block bilden wollen, haben kein einheitliches politisches Ziel. Während die Mitgliedsstaaten der „Arabischen Liga“, die sämtliche in diesem Block vertreten sein sollen, als Hauptziel des neuen Zusammenschlusses die Liquidierung des jüdischen Staates betrachten, haben Griechenland und die Türkei vor allem eine Sicherung gegen eine etwaige sowjetische Aggression im Auge. Und was Abessinien anbetrifft, so braucht es lediglich eine Hilfestellung bei seiner Forderung auf einen Korridor durch Eritrea ans Meer. Der Iran aber möchte über den Mittelost-Block die schon seit einem Jahr von Bagdad angeregte „Islamische Föderation“ ins Leben rufen.

Nach den Plänen Bagdads würde die „Islamische Föderation“ den Irak, Iran, Türkei, Afghanistan, Pakistan und nach Möglichkeit auch Indien umfassen. Mit der „Arabischen Liga“ wäre die Föderation durch den Irak als Bindeglied verbunden. Nachdem die Türkei jedoch wenig Neigung zeigte, an einem Zusammenschluß teilzunehmen, der indirekt auch gegen die USA gerichtet wäre, kam Bagdad mit dem Projekt des nordöstlichen Moslem-Blockes nicht weiter. In Kairo, das nach wie vor als das Zentrum der islamischen Politik betrachtet werden muß, ist inzwischen ein alter Plan neu ventiliert worden: der Plan zur Bildung „eines mohammedanischen Blockes“, der alle islamischen Staaten von Marokko bis nach Indonesien umfassen soll. In Paris scheinen in internen Besprechungen Fortschritte in dieser Richtung erzielt worden zu sein. Der Mittelost- und Ostmittelmeer-Block könnte gleichsam der Kristallisationspunkt des größeren islamischen Zusammenschlusses sein.

Griechenland und Abessinien wären, da sie keine islamischen Staaten sind, allerdings Fremdkörper in diesem Block. Doch realpolitische Überlegungen könnten die religiöse Schranke leicht überwinden. Zudem verstehen sich Athen und Kairo politisch ganz ausgezeichnet. Die Anregung zum Zusammenschluß der Ost-Mittelmeer- und Mittel-Ost-Staaten scheint sogar von dem griechischen Außenminister Tsaldaris ausgegangen zu sein. Er hat damit seine ursprüngliche Konzeption, einen Ost-Mittelmeer-Pakt zwischen Athen, Kairo und Ankara zustandezubringen, zugunsten eines größeren Zusammenschlusses fallen gelassen. Allerdings birgt der Mittelost-Block für Athen insofern gewisse Gefahren, als er sich zwangsläufig der gegen den jüdischen Staat und eine erneute „westliche Ueberfremdung“ des Nahen Ostens gerichteten Politik der islamischen Staaten anschließen müßte. Hier dürfte der neuralgische Punkt des ganzen Projektes zu suchen sein. Oder ist Griechenland bereit, einige westliche Sympathien dem größeren Zusammenschluß zu opfern? Es scheint fast so zu sein, nachdem Tsaldaris mit den Delegierten der Arabischen Liga gegen den Antrag stimmte, die Palästina-Frage als erste auf die Tagesordnung des politischen Ausschusses der UN zu setzen. Sollte der Mittelost-Block zustandekommen, dann würden sich auch die Westmächte im Nahen Osten und im Ost-Mittelmeer einer völlig neuen machtpolitischen Situation gegenübersehen.

### Rückkehr zur Bewirtschaftung zieht Kollektivierung und Bolschewisierung nach sich

#### Beginn der Wahlkundgebungen in Nordrhein-Westfalen

Köln. Eine Rückkehr zur Bewirtschaftung zieht eine Kollektivierung nach sich und darin würde der Schlüssel zur Bolschewisierung liegen, erklärte der Landesvorsitzende der LDP in Hessen, Euler, auf einer Wahlkundgebung in Köln. Man muß, so sagte der LDP-Vorsitzende, vernünftige wirtschaftliche Methoden anwenden, wenn man das Ziel einer westeuropäischen Einheit erreichen wolle. Vernünftige wirtschaftliche Methoden müßten vor allem von denjenigen angewandt werden, die jetzt erkannt hätten, daß die Voraussetzungen von Teheran und Potsdam irrig gewesen seien. Der Marshall-Plan sei genau so gefährdet wie die Geldneuordnung, wenn Deutschland Rohstoffe exportieren und Fertigwaren einführen müßte.

### Aufhebung des Moratoriums für Auslands-Investierungen

Düsseldorf. Das Moratorium für Auslands-Investierungen, nach dem seit 3 1/2 Jahren die langfristige Kreditanlage in Deutschland für das Ausland verboten ist, wird in nächster Zeit aufgehoben werden, wie General Clay auf einer Pressekonferenz bekanntgab. Das Moratorium sei seinerzeit verordnet worden, um die deutsche Wirtschaft vor der Ausbeutung zu schützen. Da die deutsche Währung jetzt stabil geworden sei, werde erwoogen, das Moratorium demnächst aufzuheben, um dem Auslandskapital die Möglichkeit zu geben, in Deutschland zu arbeiten.

## Europa — Port der Freiheit

Machtvolle Kundgebung der Europa-Union in Freiburg — Appell François Poncet an die deutsche Jugend

Freiburg (Eigener Bericht). Am Sonntag fand in der Halle in der Urachstraße die bereits mehrfach angekündigte machtvolle Kundgebung der Europa-Union statt, die einen außergewöhnlich starken Zuspruch der Bevölkerung aufwies und damit ihre besondere Bedeutung für unsere gegenwärtige politische Situation bestätigte. Nach der vom Städtischen Orchester dargebotenen „Coriolan“-Ouvertüre gab der Vorsitzende der Europa-Union Badens, Schinzinger, in seiner Eröffnungsansprache der Freude Ausdruck, daß sich Europäer, die die verschiedensten Standpunkte vertreten, in Freiburg für den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa zusammenschließen konnten. Der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann begrüßte die Gäste und betonte, daß uns gerade der persönliche Kontakt nottue. Europa besitze das gemeinsame Erbe der Antike und des Christentums. Wer dieses Erbe ablehne, erschüttere das europäische Fundament. Staatspräsident Wahlberg sagte in seiner anschließenden Rede, daß sich nach der Ermüdung der letzten Jahre ein Wandel angebahnt habe. Überall auf der Welt sei man auf der Suche nach dem rechten Weg, der Sicherheit bringen solle. Deutschland bekenne sich zur europäischen Einheit, da es von Europa, das nicht nur einen räumlichen, sondern auch einen geistigen Begriff darstelle, nicht losgelöst werden könne. Wir müßten für Europa den uns gemäßen, vom Größenwahn weit entfernten Beitrag liefern.

Nach den Worten des Staatspräsidenten ergriff der ehemalige Botschafter in Berlin, Excellenz François Poncet, das Wort zu einer mit großer Spannung erwarteten Ansprache. Der Redner bemerkte, daß zwar in seinem Lande die Wunden des Krieges noch offen seien, daß sich jedoch eine kluge Politik nicht auf Ressentiments aufbauen ließe. Unter Beifall rief François Poncet aus, daß man Deutschland vier Dinge geben müsse: Arbeit, Brot, Ordnung und Hoffnung. Anschließend richtete der Redner an die deutsche Jugend den Appell, sie möge sich über die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts Klarheit verschaffen und deren Ursachen und Wirkungen studieren. Indem sie die wahren Gründe der Katastrophe erkenne, werde sie für die kommenden Aufgaben gelüftet. Der Nationalsozialismus sei kein ausschließlich deutsches Phänomen gewesen, sondern nur der deutsche Ausdruck einer auch außerhalb vorhandenen Krankheit. Bezüglich der Realisierung einer paneuropäischen Organisation rief François Poncet zu bedachtsamem, allmählichem Vorgehen. Besonders Augenmerk widmete der Redner der Trennung Europas in zwei sich immer mehr entfernende Hälften. Es sei dies die Schuld Rußlands, das den Marshall-Plan verwerfe, seine Zweie bolschewistische und die von ihm beeinflussten Länder durch den eisernen Vorhang vom übrigen Europa trenne. Die Zeit sei vorbei, wo ein Reich aus Eisen und Blut entstehe. Nur der freie Entschluß der Völker wäre maßgebend. Europa gelte als der Port der Freiheit und werde sich zur Wehr setzen, wenn man es zu vergewaltigen versuche. Berlin und seine tanfer Bevölkerung böten hierfür ein leuchtendes Beispiel (Anhaltender Beifall). Deutschlands Ostgrenze sei nach den Potsdamer Beschlüssen nur als provisorisch zu betrachten. Deutschlands Mitwirken an europäischen Leben wäre notwendig, ja, unentbehrlich. Die Idee eines gemeinsamen Europas stehe ein würdiges Ziel für den Einsatz der besten Kräfte dar.

Nach einer Ansprache der Komtesse Saganahot, Frankreich, die auf die Notwendigkeit einer von Gerechtigkeitssinn und

## Moskau ordnete Streik in Frankreich an

Enthüllungen des französischen Innenministers Moch — „Sabotage des Marshall-Plans mit allen Mitteln“

Paris. Enthüllungen des französischen Innenministers Jules Moch über die Hintergründe der Streikbewegungen in Frankreich werden von der Pariser Presse als die Sensation des Tages wiedergegeben. Jules Moch erklärte:

„Eine Note Schdanows, die er kurz vor seinem Tod absandte, kündigte der französischen kommunistischen Partei an, mit allen Mitteln die Marshall-Plan-Hilfe zu sabotieren, selbst dann, wenn auf internationalem Gebiet eine Entspannung zwischen der Sowjetunion und den USA einzutreten scheinbar. Daraufhin wurde sofort an die kommunistische Gewerkschaft CGT der Befehl ausgegeben, mit den Aktionen im September zu beginnen, und der Kominform wurde geantwortet, die

kommunistische Partei und die kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich seien für Ende September bereit. Während der Tagung der UN soll eine Konferenz der Kominformmitglieder stattfinden mit dem Befehl an die Franzosen, alles zu tun, um die Möglichkeit eines Krieges gegen die UdSSR zu verhindern. Die militärische Vorbereitung Frankreichs muß mit allen Mitteln unterbunden werden. Wesentliches Mittel: Durch die Streiks den Zusammenbruch der französischen Wirtschaft herbeiführen und in Paris die gleiche Lage wie in Prag zu schaffen. Die Kominform verpflichtete sich, die durch die Streiks der Berg- und Hafenarbeiter entstandenen Kosten zu übernehmen.“

## Keine Fusion französische Zone — Bizone

Unterzeichnung des Abkommens über Verschmelzung Ofcomex-Jeia verzögert

Baden-Baden. Die zur Zeit zwischen der französischen Besatzungszone und der Bizone eingeleiteten Verhandlungen zielen weder auf eine politische noch auf eine wirtschaftliche Fusion dieser Zonen ab. Jede Besatzungsmacht soll auch weiterhin Herr ihrer Entschlüsse bleiben und nach eigenem Gutdünken die wirtschaftlichen Probleme der Zonen regeln, meldet AFP.

In gut unterrichteten Kreisen, auf die sich AFP mit diesen Feststellungen bezieht, wird hinzugefügt, daß die Verhandlungen zwischen Ofcomex, der technischen Organisation der französischen Zone, und JEIA (Joint Import Export Agency) geführt werden. Nur diese beiden Institutionen sollen zusammengelegt werden, um eine richtige Dreierbehörde zu bilden, die ihre Zweigstellen in den einzel-

nen Zonen haben wird. Die Verwirklichung dieses Zieles wird keinerlei Rückwirkung in bezug auf eine französische Beteiligung an den Frankfurter Organen haben, keinerlei Änderung des Reparationsproblems bedeuten und keinen finanziellen Beitrag Frankreichs zwecks Ausgleichs des Defizits der deutschen Länderhaushalte bedingen.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Verschmelzung des Außenhandels der französischen Zone und des vereinigten Wirtschaftsgebietes ist, wie aus Berlin am Dienstag aus gut unterrichteten Ofcomex-Kreisen verlautete, diese Woche wahrscheinlich nicht mehr zu rechnen. Die Verzögerung wird auf noch bestehende Unstimmigkeiten über bestimmte wirtschaftliche Fragen zurückgeführt. Unterrichtete Kreise nehmen an, daß es sich dabei unter anderem um die Frage der Versorgung der französischen Truppen aus Mitteln der Zone handelt.

### Schumans Reise kam überraschend

#### Ablösung General Koenigs?

Von Dena-Sonderkorrespondent Hartmut H. Stein

Paris. Die plötzliche Reise des französischen Außenministers Schuman nach Koblenz wurde von politischen Kreisen in Paris mit Überraschung aufgenommen. Wenn auch die offizielle Version den „privaten Charakter“ der Reise betont, ist man nicht darüber im Zweifel, daß die französische Regierung über die Entwicklung innerhalb der französischen Besatzungszone be-

unruhigt ist und versuchen will, noch einen Einfluß wie möglich geltend zu machen. Die bevorstehende Verschmelzung der Jeia mit dem Ofcomex ist nach französischer Ansicht geeignet, die Stellung Frankreichs innerhalb der drei Westzonen zu erschüttern. Die mögliche Ablösung des französischen Militärgouverneurs, General Koenig, der sich zur Zeit an der Riviera befindet, soll und die Neubesetzung des Postens sollen ebenfalls im Zusammenhang mit der Jeia-Schumans stehen.

Die Abberufung Koenigs wurde bisher offiziell weder bestätigt noch dementiert. In französischen Linkskreisen zeigt man sich mit einer solchen Entwicklung zufrieden, da Koenig von ihnen als Anhänger General de Gaulles betrachtet wird.

### Keine Mietpreiserhöhung

Baden-Baden. An verschiedenen Orten Nord- und Südbadens wurde in diesen Tagen im Straßenhandel ein „Extrablatt für Mieter“ verkauft, das vom Mieter- und Pächterverein Karlsruhe herausgegeben worden ist und in dem zum Eintritt in den „Kampfbund Deutscher Mieter“ aufgefordert wird. Der Inhalt dieses Blattes und vor allem sein Untertitel „30% Mieterhöhung“ haben weite Kreise der Bevölkerung zu der Annahme veranlaßt, daß der Mietpreisanstieg aufgehoben worden sei oder daß seine Aufhebung unmittelbar bevorstehe. Wie Südkreis auf Anfrage von zuständiger Stelle erfährt, ist eine solche Maßnahme nicht ergriffen worden und wäre übrigens auch nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung möglich.

### „D-Mark-Hupser“

heißt der 1948er Wein

Neustadt (Hardt). Höhepunkt und Ausklang der diesjährigen Pfälzer Herbsttage bildete im überfüllten Neustädter „Saalbau“ ein Tag der Wohltätigkeit, in dessen Mittelpunkt die Namensgebung und Taufe des neuen Weinjahrgangs stand. Die Mehrzahl der schriftlichen, aus allen Teilen Deutschlands eingegangenen Vorschläge lautete auf den symbolischen Namen „D-Mark-Hupser“, während bekanntlich sein 1948er Vorgänger den Namen „Knochenzappler“ erhalten hatte.

### Außerplanmäßige Reise Hoffmans

Washington. Der ERP-Administrator Paul G. Hoffman ist außerplanmäßig am Montag zusammen mit dem amerikanischen Außenminister Marshall nach Paris abgeflogen. Die unvorhergesehene Abreise Hoffmans wird dahingehend ausgelegt, daß wichtige Besprechungen bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern bevorstehen.

## Weltpolitiker zum Thema „Krieg“

Osteuropäische Politiker ließen eine Umfrage unbeantwortet

Los Angeles. Die jüngste große amerikanische Tageszeitung, der „Los Angeles Mirror“, begann am Montag sein Erscheinen mit einer Umfrage unter namhaften Politikern der ganzen Welt über ihre Ansicht zum Thema „Krieg“. Auf die Frage: „Wie groß ist die Kriegsgefahr und wie kann ein Krieg am besten verhindert werden?“, auf die Stalin, Molotow und führende Persönlichkeiten der osteuropäischen Staaten keine Antwort erteilten, erwiderte Churchill: „Die einzige Sicherheit für den Frieden ist gegenwärtig die Stärke. Die Atombombenvorräte der USA sind die einzige Möglichkeit, der Unterjochung Westeuropas durch kommunistische Mächtschaften, die von sowjetischen Armeen und politischen Parteien unterstützt werden, Einhalt zu gebieten. Die Westmächte werden viel eher ohne Blutvergießen eine bleibende Regelung erzielen, wenn sie ihre gerechten Forderungen stel-

len, solange sie im Besitz der Atomkraft sind und solange die Sowjets diese noch nicht besitzen.“

Bernard Shaw schreibt: „Da die Unkenntnis der Wahnsinn und die Kampfeslust unserer Machthaber grenzenlos sind, ist keine Ungeheuerlichkeit, nicht einmal ein selbstmörderischer Weltkrieg unmöglich oder zu verhindern.“ Aus der Antwort General Clays: „In den Beziehungen der Welt bestehen gegenwärtig Spannungen, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Trotzdem braucht es nicht zu einem Krieg zu kommen.“ Der italienische Ministerpräsident de Gasperi glaubt nicht an Krieg und vertritt die Ansicht, daß Staatsmänner eine europäische Zusammenarbeit auf breiter Basis anstreben sollen.

Der UN-Generalsekretär Trygve Lie äußerte sich überzeugt, daß es in absehbarer Zukunft nicht zu einem Krieg kommen werde. Als die wirkliche Bedrohung des Friedens bezeichnet der indische Ministerpräsident Pandit Nehru den Zustand ständiger Spannung, in der sich die Großmächte befinden.

Henry Wallace antwortete, die Wahrnehmung unserer Außenpolitik durch Truman und den Leiter der republikanischen Partei hat uns in eine Krise gestürzt, die für Amerika und die Welt phantastisch gefährlich ist.“ Der ERP-Botschafter Averell Harriman und der türkische Staatspräsident Ismet Inönü sind zuversichtlich, daß ein Krieg vermieden werden kann.

„Die gegenwärtige Weltlage“, schreibt der argentinische Staatspräsident Juan Peron, „ist eine Folge der materiellen Interessen und Leidenschaften der Menschen. Das kapitalistische System muß entweder von der Ausbeutung der Menschen ablassen, ausgleichende soziale Gerechtigkeit schaffen und dafür eintreten und die soziale und kulturelle Lage der arbeitenden Massen verbessern oder aber mit Angriffen von innen und außen rechnen.“

Der republikanische Präsidentschaftskandidat, Gouverneur Thomas Dewey, schreibt in seiner Antwort, „wie sehr wir auch den Frieden wünschen mögen, können wir ihn dennoch nicht durch eine Politik der Beruhigung erkaufen. Am besten können wir mit den sowjetischen Führern aus, wenn wir ihnen stark und gleichberechtigt gegenüber treten und damit ihren Respekt vor uns wiederherstellen.“

### DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redaktionsleiter: Günter Ahmann  
Anschr. der Redaktion: Lahr/Schw., Post. 28 Tel. 233.  
Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH, Lahr/Schw.,  
Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. — K. & H. Greiner, Rastatt (Baden). — Südwestdruck R.-G.,  
Lörrach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).

## Zeitgeschehen — kurz berichtet

Magdeburg — Marienborn wieder betriebsfähig. Die wegen technischer Störungen von den Sowjets seit Monaten gesperrte Eisenbahnstrecke Magdeburg — Marienborn soll, wie „Die Welt“ am Dienstag meldet, jetzt wieder bis zur letzten Station vor der Zonengrenze zur zulassungsfreien Benutzung freigegeben worden sein.

Ernteschätzung in der Bizone. Die Gesamt-ernte an Getreide wird in diesem Jahre um rund ein Drittel höher liegen, als im vergangenen, teilte die VELF mit.

Sowjetzone erhält Propagandaministerium. Ein Propagandaministerium für die sowjetische Besatzungszone soll nach einem Bericht des Berliner „Kurier“ am 1. November unter Leitung von Rudi Engel (SED) seine Tätigkeit aufnehmen. Es soll in den Räumen des früheren Reichpropagandaministeriums (I) untergebracht werden.

50-Pfennig-Stücke in der Ostzone ab 13. Oktober außer Kurs. Auf Anordnung Marshall Sokolowski wurden die alten 50-Pfennig-Stücke ab 13. Oktober in der Ostzone außer Kurs gesetzt. Diese Geldstücke waren bei der Währungsreform in der Ostzone nicht umgesetzt worden und hatten ihren Nominalwert in der Ostzone und im sowjetischen Sektor von Berlin behalten. Die früheren 5- u. 10-Pfennig-Stücke, die in den Westsektoren Berlins nicht gelten, bleiben jedoch im Ostsektor der Stadt gültig.

Die Vertreter Württemberg-Badens im Ausschuss für den südwestdeutschen Staatsvertrag. Die württemberg-badische Staats-

regierung gab bekannt, daß die Staatsräte Dr. Konrad Wittwer und Hermann Göglger zu Vertretern Württemberg-Badens im Ausschuss zur Abfassung eines Staatsvertrages zwischen den drei südwestdeutschen Ländern ernannt worden sind.

Deutsches Fluggesellschaft auf AOA-Fluglinien in Deutschland? Die „American Overseas Airlines“ (AOA) würden gern deutsches Fluggesellschaft auf ihren Flugstrecken in Deutschland einstellen, um auf diese Weise die Devisenschwierigkeiten, mit denen sie zur Zeit kämpfen, zu überwinden, erklärte ein Vertreter dieser Luftfahrtgesellschaft.

Mobilisierungsberatungen in Washington. In Washington wurde bekanntgegeben, daß Verteidigungsminister Forrestal vom 8. bis 18. November eine Reihe von Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten der Industrie, der Presse, des Unterrichtswesens, der freien Berufe, der Gewerkschaften und der Religionsgemeinschaften führen wird, um festzustellen, wie eine eventuelle Mobilisierung der amerikanischen Streitkräfte nicht nur auf militärischem und industriellen Gebiet, sondern auch auf dem Zivilsektor vorzubereiten wäre.

Nizam von Hyderabad erhielt Thronfolger. Dem Nizam von Hyderabad wurde der Thronfolger geboren. Traditionsmäßig wird dieses Ereignis mit mehrtägigen öffentlichen Festen gefeiert. In Anbetracht der Lage wurde jedoch bisher noch keine Entscheidung bezüglich der Durchführung der Feiern getroffen.



